

1 Antrag A1

2

3 **Metropole Ruhr 2019**

4 **Start für das Zeitalter ohne Kohle**

5

6 Antragsteller: Sprecherkreis RuhrSPD

7

8 Der Parteitag möge beschließen:

9

10 Einen Monat nach Schließung des letzten Steinkohlebergwerks in Deutschland, des  
11 Bergwerks Prosper-Haniel in Bottrop, hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und  
12 Beschäftigung“ – kurz: Kohlekommission – im Januar 2019 ihren Abschlussbericht  
13 vorgelegt. Auftrag der Kommission war es, *„einen breiten gesellschaftlichen Konsens über  
14 die Gestaltung des energie- und klimapolitisch begründeten Strukturwandels in  
15 Deutschland herzustellen“*.

16

17 Der Bericht ist im Ergebnis ein belastbarer Konsens für eine der bedeutendsten  
18 energiepolitischen Zukunftsfragen, der Energiewende verbunden mit dem Ende der  
19 fossilen Energiewirtschaft. Für den Klimaschutz, die Interessen der Beschäftigten und die  
20 der Wirtschaft gibt es jetzt eine gesellschaftspolitische Basis. Gewerkschaften,  
21 Umweltverbände, Wissenschaft und Industrie haben konstruktiv miteinander über ein Jahr  
22 lang an diesem Ergebnis gearbeitet und dabei auf Populismus verzichtet.

23

24 Die SPD im Ruhrgebiet begrüßt diesen Konsens, weist aber darauf hin, dass im weiteren  
25 Prozess und bei der Umsetzung von Maßnahmen die Metropole Ruhr mit ihren zwölf in  
26 Betrieb befindlichen Steinkohlekraftwerken und zwei soeben stillgelegten und noch nicht  
27 rückgebauten Kraftwerken unbedingt berücksichtigt werden muss. Denn die in dem  
28 Bericht gezielten Fördermaßnahmen beziehen sich ausschließlich auf Standorte von  
29 Braunkohlekraftwerken. Standorte von Steinkohlekraftwerken werden namentlich nicht  
30 erwähnt, obwohl im Abschlussbericht steht:

31

32 *„Es kommt daher entscheidend darauf an, dass die bestehenden Stärken und*

33 *wirtschaftlichen Strukturen in den Braunkohlerevieren **und den***  
34 ***Steinkohlekraftwerksstandorten*** *durch geeignete strukturpolitische Maßnahmen*  
35 *(Investitionen in Breitbandausbau, Verkehrsinfrastruktur, Forschung und Bildung)*  
36 *fortentwickelt werden, um umgehend neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze revierscharf*  
37 *zu schaffen, (...)."*

38  
39 Strukturhilfen für Steinkohlekraftwerksstandorte sollen gemäß des Abschlussberichtes nur  
40 dann erfolgen, **wenn „der Anteil der Steinkohlewirtschaft an der regionalen**  
41 **Wertschöpfung von erheblicher Relevanz ist“.**

42  
43 Dazu stellt die RuhrSPD fest:

44  
45 Mit dem endgültigen Ende der Steinkohle im Jahr 2018 befindet sich die Region nach wie  
46 vor in einem strukturellen Wandel, denn es muss mit den Spuren, die die Steinkohle  
47 hinterlässt, umgegangen werden. Dazu zählen nicht nur Kohlekraftwerks- oder  
48 Zechenstandorte, dazu zählen auch hunderte Hektar an ehemaligen Halden, großen  
49 Lagerflächen, Umschlagplätze an Kanälen oder Bahntrassen für den Transport.  
50 Von einem Ende der Kohleverstromung ist die Metropole Ruhr zudem entlang der  
51 gesamten Wertschöpfungskette von der Logistik über den Kraftwerksbau bis hin zur  
52 Energieerzeugung und Wärmeauskopplung betroffen.

53  
54 Die Metropole Ruhr ist Standort von zwölf in Betrieb befindlichen Steinkohlekraftwerken  
55 und zwei soeben stillgelegten und noch nicht rückgebauten Kraftwerken mit ca. 3000  
56 direkt Beschäftigten. Sie ist Sitz nahezu aller großen deutschen Energiekonzerne und  
57 derer Verwaltungen und sichert hierdurch direkt mehrere tausend Arbeitsplätze.

58  
59 **Die im Abschlussbericht beschriebene „erhebliche Relevanz“ für Strukturhilfen für**  
60 **Steinkohlekraft werksstandorte ist somit gegeben.**

61  
62 Im Rahmen des Erarbeitungsprozesses des Abschlussberichts sind die Braunkohlereviere  
63 ausdrücklich aufgefordert worden, Projektideen zu benennen, was die umfangreichen  
64 Projektlisten ab S. 137 des Berichts zeigen. Vorschläge und Projekte für Standorte von

65 Steinkohlekraftwerke gibt es im Abschlussbericht jedoch nicht – sie sind aber im  
66 Gegensatz zu den Braunkohlestandorten auch nicht von der Landesregierung aktiv  
67 eingefordert worden bzw. sie hat auf entsprechende Hinweise in keiner Weise reagiert.

68

69 Genügend Ideen und Vorschläge zur Behebung von Strukturschwächen in den  
70 Steinkohlenrevieren der Metropole Ruhr liegen jedoch bereits vor, die unverzüglich  
71 umgesetzt werden können. Zu wichtigen Themenfeldern haben Abgeordnete von SPD,  
72 CDU und Grünen aus den Kommunen, dem Regionalverband Ruhr (RVR), Bund, Land und  
73 Europa im Jahr 2015 ein gemeinsames Papier mit vielen Projekten erarbeitet. Mit Blick auf  
74 die Analyse und die Vorschläge der Kohlekommission zu „Wachstum, Strukturwandel und  
75 Beschäftigung“ sind diese Themen immer noch aktuell. Bei einer Umsetzung ist die  
76 Region aber auf die finanzielle Unterstützung von Bund und Land angewiesen.

77

78

79 **Die RuhrSPD fordert die Bundesregierung und die Mitglieder des Bundestags aus der**  
80 **Metropole Ruhr sowie die Landesregierung und die Abgeordneten des Landtags**  
81 **NRW aus der Metropole Ruhr auf,**

82

83 • **die aufgeführten Projekte auf den jeweiligen Ebenen zu unterstützen,**

84

85 • **diese Maßnahmen mit auf die Projektlisten des Abschlussbericht der**  
86 **Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ aufzunehmen,**

87

88 • **dieses Thema im Rahmen der Ruhrkonferenz aufzugreifen und**

89

90 • **bei der Verteilung der Mittel die Projekte in der Metropole Ruhr zu**  
91 **berücksichtigen, damit eine Umsetzung möglich gemacht wird.**

92

93

94 Im Zusammenhang mit dem Abschlussbericht werden hier drei Themenfelder von  
95 „erheblicher Relevanz“ fokussiert:

96

## 97 **1. Revitalisierung von Kraftwerksstandorten**

98

99 Die Revitalisierung der zwölf Standorte der Kohlekraftwerke hat eine besondere  
100 Bedeutung für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Insbesondere die  
101 Erarbeitung des neuen Regionalplan Ruhr beim RVR hat bestätigt, dass die Metropole  
102 Ruhr einen zunehmenden Engpass bei größeren gewerblich und industriell nutzbaren  
103 Flächen hat, insbesondere für flächenintensive und/oder stärker emittierende Betriebe.  
104 Die Belegenheitskommunen haben ein großes Interesse daran, diese ehemaligen  
105 Kraftwerksstandorte direkt einer Folgenutzung für Gewerbe und Industrie zuzuführen.  
106 Zwingend notwendig hierfür ist aber ein zwischen Bund, Land, Standortkommunen,  
107 Kraftwerksbetreibern und Gewerkschaften vereinbarter Zeitplan für die Umsetzung der in  
108 dem Abschlussbericht dargelegten Ziele.

109 Ebenso sieht der Entwurf des Regionalplans Ruhr Regionale Kooperationsstandorte als  
110 neues Planungsinstrument vor. Regionale Kooperationsstandorte sollen ein Angebot für  
111 flächenintensive Ansiedlungen in der Region ab acht Hektar Netto-Grundstücksfläche  
112 sein. Sie sollen möglichst in regionaler Abstimmung, vorrangig in (teil-)regionaler  
113 Kooperation entwickelt werden und regional ausgewogen verteilt sein. Der  
114 Regionalplanentwurf weist bereits einige Kraftwerksflächen als Kooperationsstandorte aus,  
115 da mit entsprechenden Stilllegungsbeschlüssen zu rechnen war.

116 Es ist von immenser Bedeutung, dass diese Standorte nicht nur (regional-)planerisch für  
117 eine künftige energiewirtschaftliche sowie gewerbliche und industrielle Nutzung gesichert,  
118 sondern auch kurzfristig aufbereitet werden. Dabei geht es sowohl um den Rückbau als  
119 auch um die entsprechende Aufbereitung der Böden etc., da es nicht immer kurzfristige  
120 Rückbauverpflichtungen der Kraftwerksbetreiber gibt und die Belegenheitskommunen  
121 finanziell nicht in der Lage sind, diese Aufgabe alleine zu leisten, bedarf es hier  
122 gemeinsamer Anstrengungen und einer Unterstützung durch Land und Bund. So muss  
123 den Belegenheitskommunen die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit eingeräumt  
124 werden, die Flächen zu einem sachgerechten Preis zu erwerben und als verantwortliche  
125 Akteure die weitere Entwicklung zu steuern. Dies kann z.B. durch einen revolvingenden  
126 Fonds unterstützt werden, der aus Bundesmitteln gespeist wird und tranchenweise die  
127 Flächenentwicklung finanziert.

128 Beim Rückbau von Kraftwerken und einer möglichen Umnutzung der Flächen muss  
129 außerdem berücksichtigt werden, dass eine Versorgung durch Fernwärme im regionalen  
130 Fernwärmenetz, insbesondere die Fernwärmeschiene Ruhr, sichergestellt ist.

131

132

## 133 **2. Verkehrsinfrastruktur in Deutschlands größtem Ballungsraum erneuern**

134

135 Die Situation um die Mobilität in der Metropole Ruhr ist hinlänglich bekannt und bereits  
136 im gemeinsamen Papier der Abgeordnetenkonferenz vom 21.11.2015 zutreffend  
137 beschrieben. Leider hat sich dieser Zustand in den letzten Jahren nicht wesentlich  
138 verbessert; in einigen Bereichen sind sogar weitere Verschlechterungen zu verzeichnen.  
139 Gerade in diesen Tagen wird in Medien über ein der Landesregierung vorliegendes  
140 Gutachten berichtet, wonach bis zum Jahr 2031 über die laufenden  
141 Instandhaltungskosten hinaus über drei Milliarden Euro „für den kompletten Ersatz“ von  
142 Brücken, Gleisen und Haltestellen notwendig sind. Teilweise helfe nur der komplette  
143 Neubau.

144

145 Ansässige Firmen klagen darüber, dass der Güterverkehr weiterhin die Straßen belastet,  
146 weil notwendige Infrastrukturmaßnahmen nicht umgesetzt werden. Das Schienennetz  
147 verkraftet zurzeit keine weiteren Kapazitäten, weil wichtige Güterverkehrsstrecken nicht  
148 ausgebaut werden. Gleiches gilt auch für die Schienenstrecken für den Personenverkehr.  
149 Ebenso sieht es bei den Wasserstraßen und insbesondere den für die Region  
150 bedeutenden Kanälen aus. Schleusen sind in einem desolaten Zustand, Brücken müssten  
151 dringend angehoben werden, damit der Container-Shuttle-Verkehr zwischen den  
152 Binnenhäfen überhaupt noch sichergestellt ist und leistungsfähiger gemacht werden kann.

153

154 Damit geht einher, dass Umweltbewusstsein, Gerichtsbeschlüsse über Fahrverbote sowie  
155 die Entwicklung neuer Technologien auch das Mobilitätsverhalten der Menschen im  
156 Ruhrgebiet verändern: Die Nachfrage nach flexiblen, nachhaltigen und individuellen  
157 Mobilitätslösungen, bspw. nach Sharing-Angeboten, Ruf- oder Taxibussen oder E-  
158 Mobilität steigt. Die Planungen und der Bau von Radschnellwegen verbunden mit der

159 technischen Weiterentwicklung von E-Bikes sorgen für eine größere Akzeptanz des  
160 Radverkehrs mit steigenden Ansprüchen an die Fahrradinfrastruktur.

161

162 Als größter Ballungsraum in Deutschland kann die Metropole Ruhr können neue  
163 Mobilitätsangebote und eine intelligente Verzahnung einen Beitrag zu einer vernetzten  
164 Mobilität verbunden mit einer Schadstoffreduzierung leisten.

165

166 Wenn zudem Kraftwerksstandorte zu neuen Gewerbe- und Industriebereichen entwickelt  
167 werden, dann bedarf es auch einer Anbindung an eine funktionierende  
168 Verkehrsinfrastruktur.

169

170

### 171 **3. Ausbau bestehender und Ansiedlung weiterer Forschungs- und** 172 **Wissenschaftseinrichtungen**

173

174 Dank bisheriger Strukturhilfen seit der Schließung von ersten Bergwerken in den 1960-er  
175 Jahren konnte sich die Metropole Ruhr zu einem leistungsstarken Wissenschaftsstandort  
176 entwickeln. Die Stärken der Wissenschaftsregion Ruhr müssen aber noch mehr gebündelt,  
177 weiterentwickelt und offensiv kommuniziert werden, damit zusätzliche wissenschaftliche  
178 Potenziale für die Region und für das gesamte Land NRW erschlossen werden.

179

180 Ein wichtiger Baustein kann hierbei die Gründung eines neuen universitären Standortes  
181 oder die Ansiedlung von außeruniversitären Einrichtungen in der Emscher-Region sein.  
182 Ein „Emscher-Campus“ oder eine „Emscher-Universität“ wäre in diesem Kontext ein  
183 bedeutender Impuls, denn mit der Schließung der Zechen und dem Rückbau der  
184 Kraftwerke ist das Zeitalter der die Region prägenden Steinkohle beendet. Früher wie  
185 heute gilt: Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die einzig wirksamen Gegenmittel  
186 für strukturelle Umbrüche.

187

188 Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Stärkung und Förderung der  
189 Forschungsinfrastrukturen, wissenschaftlicher Netzwerke und Cluster. Hierzu zählt sowohl  
190 die industrielle Forschung, als auch der Aufbau von Bundes- und

191 Landesforschungseinrichtungen. Hinzu kommt die Förderung von StartUps und weiteren  
192 außeruniversitären Forschungsinstitutionen wie der Max-Planck-Gesellschaft, dem  
193 Fraunhofer-Institut, Helmholtz oder Leibnitz-Gesellschaft.

194

195 Die wissenschaftlichen Einrichtungen der Metropole Ruhr bieten günstige  
196 Voraussetzungen für eine intensive Kooperation untereinander und mit Unternehmen. Die  
197 mit einer Hochschule verbundenen Investitionen in Bildung und Forschung stärken zudem  
198 die regionale, mittelständische Wirtschaft, schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze und lösen  
199 Existenzgründungen aus.

200

201 Forschungsgegenstand sollen elementaren Zukunftsfragen sein, insbesondere die Themen  
202 „Wasser“ und „Globalisierung“. „Wasser“ im Hinblick auf den Emscherumbau als  
203 Blaupause für Renaturierung und Klimaschutz sowie Ver- und Entsorgung des größten  
204 Ballungsraums Europas. „Globalisierung“ mit Blick auf die gesellschaftlichen  
205 Veränderungen und deren ökonomischen und sozialen Konsequenzen heruntergebrochen  
206 bis auf die lokale Ebene im „*melting pot Metropole Ruhr*“.

207

208 Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen haben großen Einfluss auf Kooperationen  
209 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, auf Innovationen, auf Transfer und die immer  
210 stärker werdende „Gründerkultur“ in der Metropole Ruhr, die auch bei der  
211 Standortmarketingkampagne des RVR eine große Rolle spielt. Eine Stärkung der  
212 außeruniversitären Forschung trägt zur Intensivierung vorhandener Wissens- und  
213 Wirtschaftscluster in der Metropole Ruhr bei.

214

215 Aufgrund ihrer regionalökonomischen Effekte und ihrer überdurchschnittlichen  
216 Hebelwirkung sollten sich Region, Land und Bund gemeinsam intensiv und gezielt für den  
217 Ausbau bestehender und die Ansiedlung weiterer außeruniversitärer  
218 Forschungseinrichtungen insbesondere der großen deutschen Forschungsgemeinschaften  
219 einsetzen.

220

221

222

223 **Positionen mit Projekten und Handlungsempfehlungen aus dem Papier der**  
224 **Abgeordnetenkonferenz 2015**

225

226 **a) zur Revitalisierung von Kraftwerksstandorten:**

227

228 • Aufhebung des Primäreffekt-Kriteriums als Voraussetzung für die Förderung der  
229 Sanierung vorge nutzter Industrie- und Gewerbeflächen; sanierte Flächen müssen  
230 auch lokalen mittelständischen Unternehmen zur Verfügung stehen

231 • Beschleunigung der Nutzbarmachung von freigewordenen Flächen der  
232 Montanindustrie zur Ansiedlung von Unternehmen sowie Förderung von  
233 regionalen Grundstückfonds für die Aufbereitung von ungenutzten Brachflächen;  
234 Aufsetzen eines Flächenfonds

235 • Ausbau und Stärkung der Fernwärmeschiene im westlichen Ruhrgebiet (Land,  
236 Kommunen, Unternehmen)

237

238

239 **b) Zu Fragen der Mobilität und Verkehrsinfrastruktur**

240

241 • Zügige Umsetzung der für die Metropole Ruhr im BVWP vorgesehenen  
242 Maßnahmen, insbesondere der Lückenschlüsse und Kapazitätserweiterungen  
243 (Bund, Land)

244 • Kommunalinvestitionsprogramm für finanzschwache Kommunen zur  
245 Infrastruktursanierung (Bund, Land)

246 • Schnellstmöglicher Ausbau und Inbetriebnahme des RRX, auch auf dem  
247 Streckenabschnitt zwischen Duisburg und Hamm (Bund, VRR)

248 • Verwendung des Anstiegs der NRW-Regionalisierungsmittel zur Kapazitäts- und  
249 Qualitätssteigerung in der Metropole Ruhr (Land)

250 • Öffnung des GVFG-Bundesprogramms für die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur  
251 (Bund)

252 • Die Metropole Ruhr zum Pilotcluster "Logistik 4.0" entwickeln (Bund, Land)

253 • Beschleunigung des Ausbaus zentraler Güterverkehrsstrecken wie der Betuweroute  
254 (CODE24) und des Eisernen Rheins (EU, Bund)



- 255 • Brückenhebungsprogramm an den Kanälen zum Aufbau eines Container-  
256 Shuttle-Verkehrs zwischen den Binnenhäfen der Metropole Ruhr (Bund)
- 257 • Ausweitung nachhaltiger Mobilitätslösungen in der Metropole Ruhr wie der  
258 Sharingsysteme und Privilegierung von Car-Sharing analog der Elektromobilität  
259 (Bund, Kommunen)
- 260 • Erprobung von Car-to-Car und Car-to-Infrastructure Technologien in der  
261 Metropole Ruhr (Bund, Land)
- 262 • Spezifisches E-Mobilitätsprogramm für schadstoffbelastete Ballungsräume (Land)
- 263 • Intensivierung und Ausbau der Wasserstofftechnologie in der Metropole Ruhr  
264 (Bund)

265

266

267 **c) zum Ausbau bestehender und Ansiedlung weiterer Forschungs- und**  
268 **Wissenschaftseinrichtungen**

269

- 270 • Aufbau eines Fraunhofer-Instituts für (dezentrale) Energiegewinnung, -speicherung  
271 und -verteilung sowie Energieeffizienz in Stadtquartieren (IFE) (Bund)
- 272 • Etablierung eines „Forschungsnetzwerk Erneuerbare Energien“ im Ruhrgebiet unter  
273 Einbeziehung der hiesigen Erzeugungsinfrastruktur (RVR)
- 274 • Profilierung der Metropole Ruhr als Referenzmarkt für Gesundheitsinnovationen  
275 (Land, RVR, Hochschulen)
- 276 • Förderung von Ausgründungen aus Universitäten und Steigerung der  
277 Gründungsquote durch Interaktion und Kooperation regionaler Akteure (Bund,  
278 Land)
- 279 • Bessere Vernetzung Hochschulen – Wirtschaft bzw. Hochschulen –  
280 Wirtschaftsförderung (RVR)

281

282

283

284

285 **Antrag angenommen**